

Nach UN-Angaben sank die Armut von 260 Mio. im Jahre 1978 auf 42 Mio. im Jahre 1998. Im Rahmen eines UN-Entwicklungsprogramms mit einem Volumen von rd. 2 Mrd. US\$ jährlich werden 592 ausgewählte arme Kreise gefördert. (XNA, 8.4.00) -schü-

35 Preiskrieg unter Konsumgüterherstellern

Sinkende Preise und Überkapazitäten haben vor allem unter den Herstellern von Haushaltselektronik, aber auch in anderen Branchen, zu „Preiskriegen“ geführt.

Die Shinco Air Conditioner, ein mittelgroßes Unternehmen, hat seine Preise für Klimageräte vor kurzem von 4.350 Yuan auf 3.750 Yuan gesenkt. Die Preissenkung kam als Reaktion auf die Ankündigung der Firma Chunlan, dem Marktführer, die Preise für 19 Modelle in diesem Monat um 15-20% zu reduzieren. Nach Einschätzung von Guangdong Kelon, das zu den wichtigsten Unternehmen dieser Branche zählt, wird der Wettbewerbsdruck dazu führen, dass in fünf Jahren nur noch fünf bis acht Unternehmen für Klimageräte von insgesamt 50 Unternehmen am Markt sein werden. Die Gewinnspannen seien bereits niedriger als 5%.

Auch General Motors Joint Venture in Shanghai kündigte für April an, dass es die Preise für die Marke „Buick“ um 20.000 Yuan pro Fahrzeug senken werde. Die Preisreduzierung soll den Verkauf der Fahrzeuge steigern, da viele Konsumenten ihre Kaufwünsche in Erwartung niedriger Preise nach dem WTO-Beitritt zurückgestellt haben. (FT, 20.4.00)

Um einen Preiskrieg zwischen den rd. 12 Fluggesellschaften in China zu vermeiden, hat die Regierung im April beschlossen, dass die Unternehmen ihre Preise um nicht mehr als 10% senken dürfen. Dies gilt für Gruppentickets, während Preisreduzierungen auf Einzeltickets nicht erlaubt sein sollen. Wann diese Beschränkung gültig sein wird, ist noch nicht bekannt.

Nach Information von Li Zhongming, Vorsitzender der China Eastern Airlines, der drittgrößten Fluggesellschaft, würden manche Fluglinien bereits ihre Tickets bis zu 40% billiger

verkaufen. Als Folge dieser Entwicklung könnte es zu Fusionen von kleineren mit großen Fluglinien kommen. (IHT, 28.4.00)

Im Agrarsektor gibt es ebenfalls Überkapazitäten und sinkende Preise. Im April kündigte die Regierung an, dass sie die Ankaufpreise für Baumwolle auf dem Inlandsmarkt auf 400 Yuan pro 50 kg stabilisieren werde. Dies ist ungefähr das Preisniveau des Vorjahres. Nachdem der Baumwollmarkt im letzten September in begrenztem Umfang liberalisiert worden war, sanken die durchschnittlichen Preise auf 380 Yuan pro 50 kg. Hohe Lagerbestände sowie die Ausweitung von Anbauflächen in anderen Ländern, einschließlich den USA und Zentralasien, werden tendenziell zu einem weiteren Sinken der Baumwollpreise führen. In den ersten zwei Monaten d.J. stiegen die Preise jedoch zunächst wieder aufgrund der höheren Exporte und Inlandsnachfrage auf 420 Yuan pro 50 kg an. (XNA, 18.4.00) -schü-

36 Dienstleistungssektor wird Wachstumsmotor

Huang Yukon, Direktor des Weltbank Programms in China, wies Ende März auf die zentrale Rolle des Dienstleistungssektors für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hin. Huang geht davon aus, dass der Anteil des Dienstleistungssektors in den kommenden 20 Jahren auf 45-50% des BIP ansteigen wird. Der derzeitige Anteil von unter 30% sei im Vergleich zum internationalen Durchschnitt sehr niedrig. Selbst in Brasilien oder Mexiko betrage der Anteil bereits 45-50%.

Huang wies darauf hin, dass durch den Beitritt zur WTO ein großer Bedarf an Finanzspezialisten und Buchprüfern entstehe. Die Aufnahme in die WTO sieht Huang auch als Schlüssel für die Reform der Staatsunternehmen sowie für die Ausweitung des Außenhandels. Chinas Anteil am Welthandel wird nach Einschätzung von Huang in den nächsten zwei Dekaden von derzeit rd. 5 auf 10% ansteigen. (SCMP, 24.3.00)

In den ersten zwei Monaten d.J. nahmen die Investitionen in den Dienstleistungssektor schnell zu. So stiegen die Investitionen in die Bereiche Immobilien, öffentliche Dienstleistungen und

Beratungsdienstleistungen um 22,4% (33,09 Mrd. Yuan) gegenüber der Vergleichsperiode 1999. In die Bereiche Nahrungsmittel, Materialangebot, Marketing und Lagerhaltung flossen allerdings 7,6% weniger als in der Vorjahresperiode. (XNA, 24.4.00)

Von der Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) wird der Dienstleistungssektor ebenfalls profitieren. Die KMU, zu denen in China Unternehmen mit bis zu 2.000 Beschäftigten gezählt werden, sollen neue Arbeitsplätze - vor allem auch im Dienstleistungssektor - schaffen und von den Staatsbetrieben freigesetzte Arbeitskräfte absorbieren. Einem Maßnahmenkatalog der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel (SETC) zufolge sollen die KMU steuerlich begünstigt werden, und sie sollen einen besseren Zugang zu Bankkrediten erhalten. (NfA, 4.4.00) -schü-

SVR Hongkong

37 Erneute Kontroverse um Taiwan-Berichterstattung der Medien

Mitte April ist die Debatte über Pressefreiheit in Hongkong neu aufgelebt. Anlass war die Mahnung des stellvertretenden Direktors des Verbindungsbüros der chinesischen Zentralregierung in der Sonderverwaltungszone, Wang Fengchao, an die Adresse der Hongkonger Medien, sich in der Taiwan-Berichterstattung an die Vorgaben der „Ein-China“-Politik zu halten.

Auf einem von der Beijing-nahen Hong Kong Federation of Journalists organisierten Symposium äußerte Wang, dass die Verantwortung und Aufgabe der Hongkonger Medien seit der Rückgabe an China darin bestehe, die nationale Einheit und territoriale Integrität zu sichern, nicht aber Positionen wie die (von Li Denghui vertretene) „Zwei-Staaten-Theorie“ oder die einer Unabhängigkeit Taiwans zu verbreiten oder zu propagieren. Die Medien sollten von der Einheit des Landes ausgehen, die im fundamentalen

Interesse der chinesischen Nation liege, und nicht „separatistische“ Positionen wie gewöhnliche Nachrichten oder Meinungen zu behandeln (*Wen Wei Po*, 14.4.00, nach SWB, 15.4.00).

Wang griff damit ein kontroverses Thema auf, das seit mehreren Jahren wiederholt für starke Unruhe in der intellektuellen Gemeinschaft Hongkongs gesorgt hat. Im Vorfeld der Übergabe Hongkongs hatten sich offizielle Vertreter der VR China dahingehend geäußert, dass die reine Berichterstattung über Taiwan-relevante Fragen zwar unproblematisch sei, die Hongkonger Medien sich aber ab 1997 davor hüten sollten, für eine Unabhängigkeit Taiwans, Hongkongs oder Tibets einzutreten.

Im Sommer 1999 kam der öffentliche Sender RTHK (Radio Television Hong Kong) unter Beschuss, nachdem er den taiwanesischen Direktor des Chung-Hwa-Reisbüros (der inoffiziellen Vertretung Taiwans in Hongkong), Zheng Anguo, mit einer Stellungnahme zur „Zwei-Staaten-Theorie“ Li Denghuis in einer Sendung zu Wort kommen hatte lassen. Als regierungsfinanzierter Sender, so lautete die Kritik volksrepublikanischer Vertreter, hätte der Sender das Interview nicht verbreiten dürfen, da sein Inhalt gegen die Verfassung verstoße (C.a., 1999/8, Ü 26). Als die Direktorin des Senders, Cheung Man-ye, im Oktober 1999 unerwartet nach Japan versetzt wurde, verdichteten sich Spekulationen, wonach dies die „Strafe Beijings“ für das politisch inkorrekte redaktionelle Verhalten des Senders sei - entgegen zahlreicher Beteuerungen eines „normalen“, von Cheung selbst gewünschten Amtswechsels (SCMP, 20., 21., 22.10.99).

In analoger Interpretation wurde die jüngste Äußerung Wang Fengchaos als offizielle Reaktion auf einen Auftritt der jüngst gewählten taiwanesischen Vizepräsidentin, Annette Lu, in einer Sendung von Cable Television gewertet, in der diese die Beziehung zwischen China und Taiwan zu einer Beziehung „enger Nachbarschaft“ bzw. „weiter Verwandtschaft“ herabgestuft hatte (Associated Press, 13.4.00; IHT, 14.4.00). Im Vergleich zu der offiziellen Tabuisierung eines positiven Eintretens der Medien für „separatistische“ Positionen von 1996 kann die jüngs-

te Mahnung Wang Fengchaos als graduelle Verschärfung gewertet werden, da sie auch die neutrale Berichterstattung über entsprechende Fragen tabuisiert.

Wangs Äußerung hat in Hongkong heftige Reaktionen ausgelöst. Liberale Vertreter des Legislativrats kritisierten die abträgliche Wirkung dieser Warnung auf Hongkongs Pressefreiheit. Die Neigung zur Selbstzensur der Medien würde dadurch noch wachsen (ebd.). Die Beijing-kritische Monatszeitschrift *Zhengming* wählte den Vorfall zum Schwerpunktthema und ließ zahlreiche in- und ausländische Stimmen zu Wort kommen, die daraus eine fundamentale Beeinträchtigung der politischen Autonomie Hongkongs ableiteten (*Zhengming*, 2000/5, S. 3, 6/7, 36-52). Vertreter der englischsprachigen Presse sprachen von einer „gefährlichen Politik“ Beijings (SCMP, 13., 14.4.00). Um der entschiedenen Weigerung der Hongkonger Medien Ausdruck zu geben, sich als „Propagandamaschine“ und „Werkzeug“ offizieller Politik missbrauchen zu lassen, startete die Beijing-kritische Hong Kong Journalists Association eine Unterschriftensammlung, die sie Zhu Rongji, dem chinesischen Ministerpräsidenten zugehen ließ (www.freeway.org.hk/hkja/whatnew/000417_ef.html).

Die Beijing-freundliche Presse in Hongkong verteidigte demgegenüber Wang Fengchaos Verhalten. Ein Artikel der *Wen Wei Po* kommentierte, Wang habe sich keineswegs in innere Angelegenheiten Hongkongs eingemischt, sondern nur vorsichtig an die Tatsache erinnert, dass die Medien in Hongkong eine besondere Verantwortung für die Aufrechterhaltung der staatlichen Einheit hätten. Während sie grundsätzlich redaktionelle Unabhängigkeit genießen, hätte sie daher ihre Nachrichtenberichterstattung auf die staatlichen Interessen abzustimmen (*Wen Wei Po*, 17.4.00, nach SWB, 21.4.00). Beijing-nahe Politiker argumentierten, bei der Äußerung habe es sich nur um einen gutgemeinten Rat gehandelt; auch für Wang Fengchao gelte das Recht der freien Meinungsäußerung. Nach Ansicht anderer politischer Vertreter stelle die Pressefreiheit kein absolutes Recht dar; vielmehr müsse ein „Gleichgewicht“ zwischen Hongkongs Pressefreiheit

und der „Notwendigkeit, die nationale Wiedervereinigung zu erreichen“, gefunden werden (SCMP, 15., 17.4.00; RTHK Radio 3, 15.4.00, nach SWB, 17.4.00).

Angesichts des erneuten Auflebens der Kontroverse beeilten sich hohe Regierungsvertreter, darunter die stellvertretende Regierungschefin Anson Chan, zu beteuern, dass Hongkongs Pressefreiheit und Autonomie durch die Äußerung Wangs in keiner Weise beeinträchtigt, sondern wie bisher nach Maßgabe der Verfassung fortbestehen und geschützt würden (SWB, 14.4.00).

Während sich die zahlreichen Befürchtungen hinsichtlich eines rapiden Niedergangs der Pressefreiheit nach der Übergabe Hongkongs in allgemeiner Hinsicht bisher keineswegs bewahrheitet haben, ist die auf die Taiwan-Berichterstattung bezogene offizielle Haltung gegenüber den Hongkonger Medien tatsächlich als eine effektive Beschränkung der Pressefreiheit in der Sonderverwaltungsregion zu werten. Begründet man die allgemein positive Entwicklung der Pressefreiheit mit dem Wunsch der VR, am Beispiel Hongkongs der Welt und vor allem Taiwan das gute Funktionieren der „Ein Land, zwei Systeme“-Politik vor Augen zu führen, so erklärt sich das spezifische Tabu der Taiwan-Berichterstattung eben aus der Logik dieser Strategie. Der Vorfall macht damit ein weiteres Mal den unbedingten Charakter des „Ein-China“-Prinzips deutlich, das regelmäßig politische Verlegenheiten und Notstände generiert. -hol-

38 Einführung des vierjährigen Hochschulstudiums ab 2007

Ab dem Jahr 2007 soll das Hochschulstudium in Hongkong von derzeit drei Jahren auf vier Jahre erhöht werden. Durch die frühzeitige Bekanntgabe des Termins vonseiten der Erziehungsbehörde soll den Sekundarschulen Gelegenheit gegeben werden, sich auf eine Verkürzung der Sekundarschulzeit von sieben auf sechs Jahre vorzubereiten. Damit verbunden sind umfangreiche Lehrplanreformen, die zu einer Entlastung der Sekundarschulen führen werden. Denn bislang wurde in der siebenten Sekundar-

schulklasse Stoff gelehrt, der eigentlich dem des ersten Studienjahres auf einer Hochschule entspricht. Die Behörde rechnet damit, dass die Umstellung der Sekundarschullehrpläne 6-9 Jahre dauern wird. Auch der Hochschul-Stipendienausschuss muss sich längerfristig auf den Termin vorbereiten. Die letzte Dreijahresperiode, die er finanziert, betrifft die Jahre 2004-07. Eltern von Studierenden müssen sich darauf einstellen, dass sie künftig für ein weiteres Studienjahr zahlen müssen, wobei allerdings der Trend zum Fernstudium über das Internet die Kosten wieder senken könnte. Manche Fachleute halten die Frist bis zur Einführung des vierjährigen Grundstudiums für zu kurz; viele Einzelheiten seien noch nicht geklärt, heißt es. (SCMP, 1.4.00) Über die Verlängerung der Studienzeit wird in Hongkong seit Jahren diskutiert. Sie würde die Studiendauer an diejenige auf dem Festland angleichen. -st-

39 Wohnsitz in Shenzhen für viele Hongkonger attraktiv

Eine Umfrage unter 1.121 Hongkonger Bürgern, die der Forschungsfonds für die strategische Entwicklung der Beziehungen zwischen Hongkong und China (Hong Kong - China Relation Strategic Development Research Fund) Anfang April durchführte, hat ergeben, dass gut 15% der Befragten über einen Wohnsitz in Shenzhen nachdenken. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass etwa eine Million Hongkonger daran interessiert sind, innerhalb der nächsten zehn Jahre aufs Festland zu ziehen. Die Frage, ob sie in Shenzhen leben möchten, beantworteten 15% mit ja. Mit 18%, die die Frage positiv beantworteten, lag der Anteil jüngerer Menschen zwischen 31 und 40 und älterer Menschen über 50 Jahre deutlich höher. Eine Aufschlüsselung der Interessenten nach Einkommen ergab, dass ein relativ großer Anteil der Befragten (41,4%) über niedrige Monatseinkommen von unter 10.000 HKD verfügt, dass aber auch Gutverdienende mit über 30.000 HKD pro Monat (14,5%) sich an der Befragung beteiligten. Leute mit niedrigen Einkommen wollen gern auf dem Festland leben, weil die Lebenshaltungskosten dort niedriger sind. Besserverdienende jedoch sind

in erster Linie an einem Ferienhaus auf dem Festland interessiert. Bessere Berufsaussichten, die verbesserten Lebensbedingungen und niedrige Immobilienpreise lassen es zudem für viele Menschen mit mittleren Einkommen und für junge Leute attraktiv erscheinen, an einen zweiten Wohnsitz auf dem Festland zu denken. Ein Manko der Untersuchung ist, dass sie nicht zwischen denen unterschied, die nur einen zweiten Wohnsitz in Shenzhen anstreben, und denen, die dort permanent leben wollen.

Die Initiatoren der Befragung wollen die Regierungen in Hongkong wie auch auf dem Festland veranlassen, sich auf die damit verbundenen Veränderungen vorzubereiten, die sich z.B. für Stadtplanung, Grenzverkehr und -kontrolle oder Transport und Verkehr ergeben. Mehr als ein Drittel der Befragten war unzufrieden mit den langen Wartezeiten an den Grenzübergängen, viele bemängeln die unzureichende Transportsituation und die Öffnungszeiten der Grenzübergänge. (Vgl. SCMP, 10.4.00)

Seit der Rückgabe Hongkongs an China wird in Hongkong darüber diskutiert, vor allem alte Leute mit kleiner Rente auf dem Festland anzusiedeln, um ihnen aufgrund der niedrigeren Lebenshaltungskosten in der VR China ein besseres Leben zu ermöglichen. Wie eine Befragung der Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong jetzt ergab, wollen jedoch 65% der Befragten im Ruhestand lieber in Hongkong leben. Etwa 80% von ihnen meinten, sie könnten sich nicht an die Lebensweise auf dem Festland gewöhnen, 75% wandten ein, dass die medizinische Versorgung auf dem Festland nicht dem Hongkonger Standard entspreche. (Ebd.) Ungeachtet dieser Bedenken wird es nicht ausbleiben, dass sich im Laufe der Jahre immer mehr Einwohner Hongkongs zum Festland hin orientieren, und sei es auch nur um eines zweiten Wohnsitzes willen. -st-

SVR Macau

40 Kleine Meinungsumfrage über Edmund Ho

Studenten der Fakultät für Sozial- und Geisteswissenschaften der Universität von Macau führten für eine Meinungsumfrage über den neuen Regierungschef über 5.000 Anrufe, die nach dem Zufallsprinzip durch einen Computer ausgewählt wurden. Von 1.035 für die Befragung geeigneten Personen zeigten sich 6,9% „äußerst zufrieden“ mit Edmund Hos erster Regierungserklärung vom 29. März, 42,6% „ziemlich zufrieden“, und 38,6% fanden sie „in Ordnung“. Auf die Frage, welcher Aspekt in der Erklärung sie am meisten interessierte, nannten 44,5% „die wirtschaftliche Entwicklung“ und 24,1% „die öffentliche Sicherheit“. Mit Edmund Hos Arbeit in den letzten drei Monaten selbst waren 5,7% „äußerst zufrieden“, 48,9% „ziemlich zufrieden“, und 31,8% meinten, sie sei „in Ordnung“. (XNA, 7.4.00) -ljk-

41. Staatsanwaltskomitee gebildet

Im April wurde das Staatsanwaltskomitee (*jianchaguan weiyuanhui*) der Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM) offiziell gegründet, das für die Verwaltung und Disziplinkontrolle der Justizbeamten der Staatsanwaltschaften verantwortlich zeichnet. Dem Komitee gehören fünf Mitglieder an: Generalstaatsanwalt Ho Chio Meng (He Chaoming), der den Vorsitz hat, zwei vom Regierungschef ernannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und zwei Staatsanwälte, die von den Justizbeamten der einzelnen Ebenen der Staatsanwaltschaften gewählt wurden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist die Hauptaufgabe des Komitees die Beurteilung der Arbeit der Justizbeamten und des Hilfspersonals der Staatsanwaltschaften; notwendigenfalls ergreift es disziplinarische Maßnahmen und schlägt Amtenhebungen und zwangsweise Versetzung in den Ruhestand vor. Ferner soll es untersuchen, wie die Effizienz des Rechtssystems von Macau zu erhö-